

Beschlussempfehlung und Bericht

des Sportausschusses (5. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Jörn König, Klaus Stöber, Andreas Bleck,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/2591 –

Deutsche Bewerbung für die Ausrichtung der Olympischen Winterspiele 2030 auf den Weg bringen

A. Problem

Die den Antrag einbringende Fraktion der AfD stellt fest, dass Deutschland seit den Olympischen Sommerspielen in München 1972 keine Olympischen und Paralympischen Spiele mehr ausgerichtet, sich allerdings sechsmal um die Ausrichtung dieser Sportgroßveranstaltungen beworben hat. Diese Bewerbungen waren aus unterschiedlichen Gründen nicht erfolgreich. Das für den Sport zuständige Bundesministerium des Innern und für Heimat soll vom Deutschen Bundestag aufgefordert werden, gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und der Bewerberstadt München eine Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2030 vorzubereiten und das Internationale Olympische Komitee (IOC) darüber zu informieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/2591 abzulehnen.

Berlin, den 28. September 2022

Der Sportausschuss

Frank Ullrich
Vorsitzender

Sabine Poschmann
Berichterstatterin

Fritz Güntzler
Berichterstatter

Tina Winklmann
Berichterstatterin

Philipp Hartewig
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Dr. André Hahn
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sabine Poschmann, Fritz Güntzler, Tina Winklmann, Philipp Hartewig, Jörn König und Dr. André Hahn

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf der **Drucksache 20/2591** in seiner 47. Sitzung am 7. Juli 2022 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Sportausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der AfD leitet aus den kritischen Diskussionen um Peking als Ausrichterstadt der Olympischen und Paralympischen Spiele 2022 die Aufforderung an demokratische Staaten ab, sich um die Ausrichtung solcher Spiele zu bewerben. München unterlag mit seiner Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 der Gastgeberstadt Pyeongchang (Korea), eine beabsichtigte Bewerbung Münchens für das Jahr 2022 scheiterte im Vorfeld an Bürgerentscheiden. Gleiches gilt für die Bewerbung Hamburgs für die Sommerspiele 2024. Der Kritik an China und der Ausrichterstadt Peking für die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2022 begegnete das Internationale Olympische Komitee (IOC) mit dem Hinweis, dass sich Bewerberstädte aus demokratischen Staaten zurückgezogen und damit die Auswahl auf Peking und Almaty reduziert hätten. Die antragstellende Fraktion der AfD sieht darin eine indirekte Aufforderung an demokratische Staaten, sich um die Ausrichtung von Olympischen und Paralympischen Spielen zu bewerben und regt daher eine Bewerbung Münchens als Gastgeber der Olympischen und Paralympische Spiele 2030 an.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Antrag wurde nicht zur Mitberatung an andere Ausschüsse überwiesen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Sportausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/2591 in seiner 18. Sitzung am 28. September 2022 beraten. Als Ergebnis empfiehlt der **Sportausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag auf Drucksache 20/2591 abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, dass in der Sportwelt ein großes gemeinsames Interesse daran bestehe, Olympische und Paralympische Spiele – ob im Winter oder im Sommer – mittel- bis langfristig wieder nach Deutschland zu holen. Fast alle Akteure seien sich einig, dass diese Sportgroßereignisse eine positive Wirkung auf den deutschen Sport, aber auch die gesamte deutsche Gesellschaft entfalten könnten. Vor dem Hintergrund der in der Vergangenheit gescheiterten Bewerbungen gehe es nun aber darum, aus diesen vergeblichen Versuchen die richtigen Lehren zu ziehen und für zukünftige Bewerbungen eine erfolgsversprechende Strategie zu entwickeln. In der öffentlichen Anhörung zum Thema „Zukunft nationaler und internationaler Sportgroßveranstaltungen“ am 26. September 2022 habe DOSB-Präsident Thomas Weikert berichtet, dass der DOSB aktuell an einer solchen Strategie arbeite und sie im Dezember auf der Mitgliederversammlung des Verbandes präsentieren wolle. Im Jahr 2023 solle dann eine breite gesellschaftliche Debatte zum Thema Olympische und Paralympische Spiele angestoßen werden, auch um sicherzustellen, dass es für künftige Bewerbungen eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz gebe. Die SPD-Fraktion unterstütze dieses planvolle Vorgehen des DOSB. Vorschnelle Bewerbungen, wie im Antrag der AfD gefordert, seien dagegen kontraproduktiv und würden der Chance auf Olympische und Paralympische Spiele in Deutschland schaden. Dies gelte umso mehr, weil es für eine erfolgsversprechende Bewerbung für die Winterspiele 2030 bereits zu spät sei. Dies habe im Übrigen DOSB-Präsident Weikert in der öffentlichen

Anhörung am 26. September auch bereits so bestätigt. Der Antrag wurde von der Fraktion der SPD daher abgelehnt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** lehnte den Antrag ab, da es kontraproduktiv sei, aktuell mit Bewerbungsüberlegungen an die Öffentlichkeit zu gehen. Dass die Idee einer Bewerbung hochkomplex sei und daher behutsam vorbereitet werden müsse, hätten nicht zuletzt die Ausführungen des DOSB in der öffentlichen Anhörung des Sportausschusses am 26. September 2022 gezeigt. Hinzu kämen handwerkliche Fehler in der Abfassung des Antrags. So könne die Bundesregierung das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) nicht „anweisen“, da das BMI als Ressort eine gleichberechtigte oberste Bundesbehörde innerhalb der Bundesregierung sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkte an, dass nicht einmal der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) von einer Bewerbung für 2030 ausgehe. Allein vor diesem Hintergrund sei eine Ablehnung des vorliegenden Antrages nicht nur gerechtfertigt, sondern auch geboten.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, dass sie mit dem Antrag die Bundesregierung auffordere, das für den Sport zuständige Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) anzuweisen, gemeinsam mit dem DOSB die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen für eine Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 2030 mit München als Ausrichter vorzubereiten. Der Großraum München biete den Vorteil, dass ein großer Teil der benötigten Olympiaanlagen bereits vorhanden sei. Erstmals habe sich München 2011 für die Ausrichtung 2022 beworben und sei trotz erstklassiger Bewerbung gegen Pyeongchang (Korea) unterlegen. Eine beabsichtigte zweite Bewerbung sei durch einen zum ersten Mal durchgeführten Bürgerentscheid verhindert worden. Auf diese Erfahrungen könne bei einer erneuten Bewerbung zurückgegriffen und diese entsprechend verbessert werden. Auch die Grundstimmung habe sich hinsichtlich der Erhaltungs- und Ausbaumaßnahmen der Sportstrukturen geändert und bei guter Vorbereitung sei mit einem positiven Ausgang eines erneuten Bürgerentscheides zu rechnen. Deutschland habe seit 1972, den Sommerspielen in München, keine Olympischen Spiele mehr ausgerichtet. Keine der großen Sportnationen und der großen Wirtschaftsnationen sei so lange – inzwischen 50 Jahre – nicht mehr Ausrichter von Olympischen Spielen gewesen. In allen G7-Staaten und fast allen großen Sportnationen, außer in Deutschland, hätten seitdem, teilweise mehrfach, Olympische Spiele stattgefunden bzw. seien für die nächsten Jahre Olympische Spiele an diese vergeben worden. Unter den bislang offiziellen Bewerbern und weiteren Interessenten für 2030 seien außer vier Städten, die bereits Olympischen Winterspiele ausgerichtet hätten, kaum aussichtsreiche Bewerbungen. Sollte eine Bewerbung für die Ausrichtung 2030 scheitern, plädiere die AfD-Fraktion für eine kontinuierliche Bewerbung mit der Stadt München für die Winterspiele 2034 und fortfolgende.

Die **Fraktion der FDP** stellte dar, dass die im Antrag der Fraktion der AfD geforderte Vorbereitung einer Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 2030 mit der Bewerberstadt München nicht zielführend sei, da es neben München auch andere Wintersportstandorte – so beispielsweise auch in Mitteldeutschland – gebe, die für eine Bewerbung in Frage kämen. Das Aufdiktieren eines Standortes ohne vorherigen Austausch mit möglichen Bewerbern, Städten, Stakeholdern und Verbänden sei weder transparent noch unabhängig. Daher lehnte die Fraktion der FDP den Antrag ab.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erläuterte, dass nach ihrer Auffassung eine Bewerbung Deutschlands für die Ausrichtung Olympischer Spiele in Deutschland aus vielerlei Gründen derzeit nicht auf der Tagesordnung stehe. Das sei auch in der öffentlichen Anhörung des Sportausschusses zum Thema Großveranstaltungen am 26. September 2022 deutlich geworden. Solange Bund, Länder und Kommunen in Deutschland keinen vernünftigen Schulsport und Schwimmunterricht absichern könnten, werde sich die Fraktion DIE LINKE. nicht für weitere deutsche Olympiabewerbungen engagieren.

Berlin, den 28. September 2022

Sabine Poschmann
Berichterstatterin

Fritz Güntzler
Berichterstatter

Tina Winklmann
Berichterstatterin

Philipp Hartewig
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Dr. André Hahn
Berichterstatter

